



FOTO: GEROLF MESSNER/PHOTO TODAY

VON KATJA RIEDEL UND CHRISTOPHER SCHRADER

Staat im Staate

Der Präsident des Europäischen Patentamtes will seinen Mitarbeitern manche Privilegien streichen. Die wehren sich vehement. Es gehe, sagen sie, nicht um Geld oder Status – sondern um ihre Grundrechte

München – In seinem Büro liegt Benoit Battistelli München zu Füßen. Unten fließt die Isar, das Deutsche Museum schmiegt sich an das Flussufer, am Horizont zeichnen sich bei guter Sicht die Alpen ab. Wenn es dunkel wird, kann Battistelli die Lichter der Münchner Christkindlmärkte funkeln sehen. Doch nach Beschaulichkeit dürfte ihm in diesen Tagen kaum der Sinn stehen.

Denn auf den Fluren und auch vor der Tür des Europäischen Patentamtes ist die Stimmung alles andere als friedlich, sie ist aufgebracht, empört, feindselig. Und sie richtet sich vor allem gegen ihn, den Präsidenten, gegen seine Macht, gegen die Reformen, mit denen er die Arbeit im Amt umkrempelt und manche Privilegien streicht. Sie richtet sich auch immer mehr gegen den Stil, den Battistelli an den Tag legt und der vielen Mitarbeitern nicht passt. „Sonnenkönig“ nennen ihn viele.

Und deshalb wird nun im Europäischen Patentamt gestreikt, in diesem Amt mit seinen luxuriösen Arbeitsbedingungen, mit Monatsgehältern von durchschnittlich 7600 Euro, Steuerfreiheit inklusive, mit langen Ferien und üppigen Sozialleistungen. Mit hohen Einkommen und Vergünstigungen versucht die Europäische Patentorganisation seit 40 Jahren, hochqualifizierte Wissenschaftler anzuziehen, die technische Dokumente in mehreren Sprachen verstehen und bewerten können.

Ausgerechnet im teuersten Patentamt der Welt wird gestreikt – seit Wochen schon

Bereits 15 Tage zieht sich der Ausstand der Biologen und Chemiker, Pharmakologen und Ingenieure mittlerweile hin. Bei den Demonstrationen, organisiert von der Suepo, der Gewerkschaft im Patentamt, gingen zuletzt an drei Tagen jeweils mehr als tausend Patentprüfer auf die Straße, etwa ein Viertel der Belegschaft in München, auch an den anderen Standorten in Den Haag, Wien und Berlin gab es Proteste. Die Patentprüfer stammen nicht nur aus Deutschland, sondern sie sind aus Spanien oder Italien, aus der Schweiz oder Schweden nach München gezogen, aus 38 Mitgliedsstaaten. Meist mit Familie, mit Kindern, die – auf Kosten des Amtes – oft die internationale Schule oder Kindergärten besuchen. Sie hatten Schilder dabei, auf denen zu lesen war: „Ja zu Reformen. Aber nicht mit diesem Präsidenten“.

Der Konflikt zieht sich seit Monaten hin, er ist immer mehr eskaliert. Und zum ersten Mal springen den Angestellten nun, nachdem Battistelli einen Hausverbot erteilt hat, auch Anwälte großer Patentrechtskanzleien bei. In München, rund um das Europäische und das Deutsche Patentamt, gibt es viele dieser Kanzleien, die ihr Geld damit verdienen, für Unternehmen deren Patente zu sichern – und sie gegebenenfalls vor Gericht durchzusetzen. Es gebe, schreibt zum Beispiel Rechtsanwältin Tilman Müller-Stoy von der Kanzlei Bardehle Pagenberg in einem offenen Brief an das Bundesjustizministerium, in der Belegschaft des Europäischen Patentamts ein „Klima der Angst und des Schreckens“.

Battistelli weist das zurück: Den Anwälten hält er „vorschnelle Bewertungen ohne Kenntnis der relevanten Sachlage“ vor. Die Angestellten, die auf die Straße gehen, seien eine kleine Minderheit, und der Gewerkschaft Suepo gehe es vor allem darum, eigene Pflichten zu schützen.

Konflikte zwischen den Angestellten und dem Management gehören zur Geschichte des Europäischen Patentamts, erzählen manche, die schon seit Beginn dabei sind. Sie erzählen auch, dass mancher

Vorgänger von Battistelli auf all jene Vergünstigungen noch weitere draufgepackt habe, um Konflikte zu befrieden und die Mitarbeiter bei Laune zu halten.

Der jetzige Streit besitzt aber einen anderen Charakter: Zwei Seiten stehen sich unversöhnlich gegenüber, die in ihren Argumenten nicht Nuancen, sondern Welten voneinander entfernt sind – und die Dinge übereinander behaupten, die die Gegenseite jeweils kategorisch bestreitet. Battistelli hat den Anspruch, die Arbeit des Amtes effizienter zu machen und manche Privilegien zu streichen. Die Suepo und die Angestellten, die streiken, halten dagegen, dass es ihnen keineswegs um Geld oder Status gehe, sondern um Grundrechte. Etwa um das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, zu streiken und bei Vorwürfen rechtlichen Beistand zu bekommen.

Das Problem bei alledem: Die Europäische Patentorganisation (EPO), getragen von ihren 38 Mitgliedsländern, ist eine internationale Organisation, die sich ihre eigenen Regeln gibt und an die Gesetze ihrer Sitzstaaten nicht gebunden ist – sie ist ein Staat im Staate. Die 7000 Mitarbeiter arbeiten an vier Standorten. Und ihre Bedeutung wächst: Fast 87 000 Patente hat das Amt 2013 erteilt, 2009 waren es noch gut 15 000 weniger.

An der Spitze steht seit 2010 Battistelli. Er führt dieses Haus in einer Art, die seine Kritiker als diktatorisch beschreiben, seine Unterstützer dagegen als konsequent.

Battistelli hat gerade das Beförderungssystem umgekrempelt, dieses ist nun nicht mehr an Dienstjahre geknüpft, sondern an die Leistungsbewertung. Er hat neue Richtlinien für die Prüfung von Patenten eingeführt, gegen die die streikenden Mitarbeiter sich wehren, weil diese zu ober-

flächlich seien und man immer seltener Fehlpässe auf die Spur komme. Das befürchten auch viele Patentanwälte.

Besonders unstritten ist das interne Ermittlungsverfahren, das Battistelli eingeführt hat, um intern untersuchen zu können, ob ein Mitarbeiter möglicherweise gegen Richtlinien verstoßen hat, seien es Formalia oder ein schwereres Vergehen, etwa Bestechlichkeit, Mobbing oder Diffamierung. Erarbeitet hat die „Investigation Guidelines“ Florian Andres, ein freundlicher, bärtiger Herr aus der Schweiz. Ende des Jahres wird er in Ruhestand gehen. An der Wand seines Büros hängen Fotos der Enkel und ein Gebirgszug, Eiger, Mönch und Jungfrau. Bis vor drei Jahren, sagt Andres, habe es kein formales Verfahren gegeben, wenn der Verdacht bestand, dass ein Mitarbeiter gegen interne Regeln verstößt.

Der Sicherheitsdienst erschien im Büro eines Patentrichters und führte ihn ab

Um eine Untersuchung zu starten, müsse ein Verdacht bestehen und mindestens ein Beweismittel vorliegen, sagt Andres. In diesem Fall sichere man die Beweismittel und greife auch auf die Computer beschuldiger Mitarbeiter zu. Erst in einem nächsten Schritt schaue man sich die Daten an. Der Beschuldigte dürfe dabei sein. Allerdings: Er darf keinen Anwalt mitbringen, und nicht zur Sache schweigen.

Selbst dann nicht, wenn er sich selbst belasten würde. „Das ist ein Unterschied zum deutschen öffentlichen Dienst“, räumt Andres ein. Es sei aber kein Unterschied zu anderen öffentlichen Diensten in vielen der Mitgliedsstaaten. Für Battistelli ist das

kein grundsätzliches Problem. „Wir sind keine deutsche Behörde. Wir sind in einer internationalen Organisation, die ihre eigenen Regeln hat. Und diese Regeln haben die Mitgliedsstaaten im Europäischen Patentübereinkommen festgelegt“, sagt der Präsident.

Der deutsche Vizepräsident Raimund Lutz sieht das ähnlich. Der Jurist hat im Bundesjustizministerium lange unter anderem den Bereich geistiges Eigentum verantwortet. Battistelli vertrete das Amt „exzellent“, sagt Lutz. Battistelli setze endlich die Reformen um, die der Verwaltungsrat auch von dessen Vorgängern schon lange gefordert habe. Im Verwaltungsrat sind die 38 Mitgliedsstaaten der Europäischen Patentorganisation vertreten.

Streiks und Gewerkschaftsproteste gehörten untrennbar zur Geschichte des EPA, sagt Lutz, „aber die Aggressivität der Gruppe hat sich verstärkt“. Dass Battistelli standhaft bleibe, keinen Schritt auf seine Kritiker zugehe und auch einen externen Mediator ablehnt, sieht er nicht als mangelndes Konfliktmanagement, sondern er rechnet es ihm hoch an. „Die Industrie kritisiert uns, weil wir das teuerste Patentamt der Welt sind“, sagt Lutz. Die Gebühren seien drei- bis fünfmal so hoch wie in den USA. All das gehe Battistelli erfolgreich an.

Und so sehen es offenbar auch die anderen Delegierten im Verwaltungsrat, dem einzigen Gremium, das Battistelli übergeordnet ist: Im Sommer haben die Vertreter der Mitgliedsstaaten ihn wiedergewählt, mit 36 von 38 Stimmen, ein Jahr früher als nötig, und trotz der Proteste. Bis 2018 soll er weiter an der Spitze stehen. „Wie andere Staaten hat auch Deutschland Battistellis Reformkurs unterstützt“, sagt Lutz. Seit gut zwei Wochen hat sich allerdings der

Protest gegen Battistelli verstärkt, und es geht dabei um die Frage, wie denn die Regeln zur internen Ermittlung tatsächlich zu verstehen sind – und ob sie von Battistelli eingehalten werden.

Denn Anfang Dezember sei, so erzählen es Mitarbeiter, der Sicherheitsdienst in das Büro eines Patentrichters marschiert, der einer Beschwerdekammer angehört, sie hätten seinen Computer beschlagnahmt und ihn abgeführt. Wegen des Verdachts schwerer Dienstvergehen sei gegen ihn ein Hausverbot verhängt worden, heißt es.

Seither darf der Mann nicht mehr arbeiten. Möglicherweise geschah dies aber ohne rechtliche Grundlage. Denn nicht der Präsident des Patentamts darf ein Mitglied der Beschwerdekammer seines Amtes entheben, sondern nur der Verwaltungsrat, der Battistelli übergeordnet ist. Das Gremium hat die Entscheidung erst nachträglich genehmigt: „Der Verwaltungsrat hat ausdrücklich festgestellt, dass die vom Präsidenten angeordneten Maßnahmen ‚notwendig, begründet und im Interesse der Europäischen Patentorganisation‘ waren“, erklärt Battistelli.

Die Abberufung des Patentrichters hat einen Sturm der Entrüstung innerhalb und außerhalb des Patentamts ausgelöst. Battistelli habe in die Unabhängigkeit der Justiz eingegriffen, protestierten Richter und Patentanwälte. Der Patentamtschef habe einen „klaren Angriff auf die juristische Unabhängigkeit der Beschwerdekammern“ zu verantworten, schrieben 35 Mitglieder des obersten Gerichts des Amtes, der großen Beschwerdekammer, an den Verwaltungsrat. „Wir verurteilen diese Aktion ohne Zögern“, schreiben der englische Lord Justice Christopher Floyd und der General-Anwalt am niederländischen Obersten Gericht, Robert van Peursem. Beide sind externe Mitglieder der Kammer. Die europäische Menschenrechtskonvention verbiete es der Exekutive, sich in die Arbeit von Richtern und Gerichten einzumischen. Hohe Richter aus Schweden, Finnland, Dänemark, Rumänien, Zypern und der Schweiz schlossen sich an.

Auch zwei große Anwaltskanzleien wandten sich in Briefen an den deutschen Vertreter im Verwaltungsrat, Christoph Ernst vom Bundesjustizministerium. So heißt es in einem der Schreiben: „Die Ausübung der Disziplinalgewalt durch die ‚Exekutive‘ über die ‚Judikative‘ des Amtes hebt die Gewaltenteilung auf und gefährdet massiv den Gerichtscharakter der Beschwerdekammern.“

Die Richter und Patentanwälte reagieren auch deshalb so empfindlich, weil die Beschwerdekammern innerhalb des Europäischen Patentsystems eine ganz besondere Rolle einnehmen. Ihre Mitglieder, darunter der hinaus beförderte Richter, entscheiden über strittige Patente.

Es geht für die beteiligten Firmen um Eigentumsrechte an Erfindungen, die oft viele Millionen oder gar Milliarden Euro wert sind. Die Beschwerdekammern des Patentamts können darüber endgültig entscheiden – eine Revision ist anschließend nicht mehr möglich.

Die Patentrichter sind dafür zuständig, Streitfragen um Schutzansprüche zu entscheiden: darüber, ob das Amt zu Recht oder zu Unrecht ein Patent erteilt, eingeschränkt oder verweigert hat. Die Richter haben dabei mit Anwälten und Prüfern zu tun, sie erfahren Dinge, die die Verwaltungsabteilung seines Arbeitgebers nichts angehen – und die man den Richtern anvertraut, weil sie angeblich unabhängig sind.

Aber sind sie das tatsächlich? Oder versucht Battistelli, auf die Entscheidungen der Kammern Einfluss zu nehmen? Die Debatte lief schon, ehe der Patentrichter suspendiert wurde, aber sie hat nun noch einmal an Fahrt gewonnen.

So kritisiert der ehemalige Verfassungsrichter Siegfried Broß in einem Gutachten,

dass die Beschwerdekammern nicht wirklich unabhängig seien. „Es ist offenbar, dass der Präsident die Richter maßregeln kann. Es reicht ja schon, wenn er ihnen signalisiert, dass sie wegen ihrer Entscheidungen für eine Beförderung nicht mehr in Frage kommen“, argumentiert Broß.

Battistelli sieht das anders – und mag die Vorwürfe schon gar nicht im Fall des Patentrichters gelten lassen, der nun zunächst nicht mehr als solcher arbeiten darf: „Alle Vorwürfe, die beinhalten, ich würde die Gewaltenteilung angreifen, entbehren jeder Grundlage“, sagt der Patentamtschef. Die Schreiber der Protestbriefe würden die Fakten nicht kennen: „Bei diesem Fall geht es ganz klar nicht um die Unabhängigkeit der Beschwerdekammern. Hier geht es einzig um mutmaßlich schweres Fehlverhalten einer Einzelperson, die damit Ansehen und Integrität der Beschwerdekammern und des Amtes beschädigen könnte.“

Was das Amt dem Richter im Detail vorwirft, sagt es nicht. Allerdings hat Battistelli auf seinem Blog geschrieben, es gehe um das „Verbreiten diffamierender und schädlicher Dokumente“. Am Tag, an dem der Beschuldigte Hausverbot bekam, hatte Battistelli zudem in einem internen Rundbrief geschrieben, es gebe einen weiteren Fall in einer Schmähkampagne, die seit vielen Monaten gegen einen seiner Vizepräsidenten läuft: den Kroaten Željko Topić. Darum habe er Hausverbot erteilt. Die Münchner Staatsanwaltschaft bestätigt, dass ihr eine Strafanzeige wegen angeblicher Verleumdung „eines Mitglieds der Leitungsebene der EPA“ vorliege, beschuldigt werde ein



BENOIT BATTISTELLI

„Alle Vorwürfe, die beinhalten, ich würde die Gewaltenteilung angreifen, entbehren jeder Grundlage.“

Mitarbeiter des Amtes. Seit Monaten kursieren Vorwürfe gegen Topić, sie verbreiten sich im Haus und werden auch anonym an Journalisten verschickt. Die Gerüchte um Topić ranken sich um angebliche Korruption in seiner Zeit als Chef des kroatischen Patentamtes; kroatische Zeitungen schrieben über verschwundenes Geld und Dienstwagen. Er selbst hat die Vorwürfe wiederholt bestritten. Battistelli hat zudem eine Ehrenklärung für ihn abgegeben. Jetzt aber, da die Verleumdungsanzeige vorliegt, muss die Staatsanwaltschaft prüfen, was an den Gerüchten dran ist.

Mittlerweile beschäftigten die Vorgänge im Amt nun nicht nur die Justiz, sie haben sich auch in der Berliner Politik rumgesprochen. Der SPD-Politiker Christian Flisek, der im Rechtsausschuss des Bundestags sitzt, sagt: „Wir kümmern uns als Parlament des Sitzstaates, auch wenn deutsches Recht am Europäischen Patentamt nicht gilt“. In anderen Mitgliedsstaaten, zum Beispiel in Großbritannien, gibt es Einlagen, mit denen sich die zuständigen Minister beschäftigen sollen. Battistelli gibt sich äußerlich immer noch gelassen. Der politische Druck aber wächst.

A state within a state

The President of the European Patent Office wants to remove some of his employees' privileges. They are vehemently opposing him. It's not, they claim, about money or status - it's about their fundamental rights.

BY KATJA RIEDEL AND CHRISTOPHER SCHRADER

Munich – Benoît Battistelli's office looks out over Munich. Beneath him flows the Isar, the German Museum huddles on the bank of the river, and, on a clear day, the Alps can be seen on the horizon. When night falls, Battistelli can see the glistening lights of Munich's Christmas markets. But he is probably not inclined towards contemplation these days.

In the corridors and on the pavement outside the European Patent office, the mood is anything but peaceful: it is indignant, outraged, hostile. And it is directed chiefly against him, the President, against his excessive power, against the reforms that are turning working life at the office on its head and abolishing certain privileges. It is also directed increasingly against Battistelli's management style, which many employees find unpalatable. He is dubbed "The Sun King" by many.

Which explains why staff at the European Patent Office are now striking, at this office with its luxurious working conditions, monthly salaries averaging 7600 euros, complete with tax immunity, and long holidays and extremely generous social benefits. For 40 years, the European Patent Organisation has offered high earnings and benefits as the carrot to attract highly-qualified scientists with the skills to understand and assess technical documents in several languages.

The strike by biologists and chemists, pharmacologists and engineers has now been dragging on for 15 days. On three days consecutive days recently, more than a thousand patent examiners have taken to the streets in the demonstrations organised by Suepo, the trade union at the Patent Office. That number equates to roughly a quarter of the staff in Munich, and there have also been protests in other locations in The Hague, Vienna and Berlin. The patent examiners do not all hail from Germany; they have also come to Munich from Spain, Italy, Switzerland and Sweden - 38 member states all told. Most of them moved here with their family, with children many of whom -at the Patent Office's expense - attend the international schools or kindergartens. They were brandishing signs proclaiming: "Yes to reforms. But not with this President".

The conflict has been dragging on for months, escalating all the while. And for the first time, lawyers from big patent law firms are siding with the employees, in the wake of Battistelli's decision to oust a patent judge from his role and ban him from the premises. In Munich, there are many of these law firms in the vicinity of the European and German Patent Office which make their money by securing patents for companies - and fighting their case in court if necessary. Lawyer Tilman Müller-Stoy of the firm of Bardehle Pagenberg, writes in an open letter to the Federal Ministry of Justice that a "climate of fear and intimidation" prevails among staff at the European Patent Office.

Battistelli refutes this: he accuses the lawyers of making "rash assessments without any knowledge of the relevant facts". The employees who are taking to the streets are, he says, a small minority and the trade union Suepo is primarily concerned with justifying its own existence.

Conflicts between the employees and the management are something of a historical tradition at the European Patent Office, say some who have been there from the beginning. They also say that some of Battistelli's predecessors kept piling on privileges to appease conflicts and keep employees happy.

The latest dispute, however, is a different beast: Two sides are locked in an impasse, their arguments not just shades but worlds apart, with each accusing the other of things that the opposite party categorically denies. Battistelli is on a mission to make the Office operate more efficiently and remove certain privileges. Suepo and the striking employees, however, are adamant that this isn't about

money or status, but fundamental rights. Such as the right to join a trade union, strike and obtain legal assistance when accusations are made against them.

The problem with all of this is: the European Patent Organisation (EPO), supported by its 38 member states, is an international organisation which issues its own rules and is not bound by the laws of its member states - it is a state within a state. Its 7000 employees work at four locations. And their significance is growing: in 2013 the Office granted almost 67,000 patents, an increase of more than 15,000 compared with 2009.

Battistelli has been in charge since 2010. His management style is described as dictatorial by his critics but as resolute by his supporters.

Battistelli has radically overhauled the promotion system, which is no longer tied to length of service, but to performance. He has introduced new guidelines for the examination of patents which the striking employees oppose on the grounds that they are too perfunctory and make it increasingly difficult to spot errors. This is a fear shared by many patent attorneys.

Particularly contentious is the internal investigation procedure introduced by Battistelli to enable the office to internally ascertain whether an employee has potentially violated guidelines, whether with respect to formalities or by committing a more serious offence such as corruption, bullying or defamation. The "Investigation Guidelines" were written by Florian Andres, a friendly, bearded man from Switzerland. He will be retiring at the end of the year. Photos of his grandchildren and the Eiger, Mönch and Jungfrau mountain range adorn the walls in his office. Up until three years ago, says Andres, there was no formal procedure for suspected violations of internal rules by an employee.

In order for an investigation to be launched, there must be a suspected violation and at least one piece of evidence, says Andres. If this is the case, the evidence is secured and accused employees' computers are accessed. Only after that are the data viewed. The accused is permitted to be present when that happens. However, he or she is not allowed to bring a lawyer and does not have the right to remain silent, even if this would incriminate him or her. "This is different to the German civil service", concedes Andres. But, he says, it is no different to civil service procedure in many of the member states. Battistelli does not consider this a fundamental problem. "We aren't a German authority. We are part of an international organisation that has its own rules. And the member states laid down these rules in the European Patent Convention", says the President.

German Vice-President Raimund Lutz takes a similar view. For many years Lutz, a lawyer, was responsible among other things for the intellectual property department at Federal Ministry of Justice. Battistelli is an "excellent" representative of the office, says Lutz, who is at last implementing the reforms that the Administrative Council has long been demanding of his predecessors. The 38 member states of the European Patent Organisation are represented on the Administrative Council.

Strikes and trade union protests have always been part and parcel of the EPO's history, says Lutz, "but the group has become noticeably more aggressive." In his view, the fact that Battistelli is standing firm, not making any concessions to his critics and even refusing an external mediator is not indicative of poor conflict management skills; in fact, he believes it is to Battistelli's credit. "We are coming under fire from the industry because we are the world's most expensive patent office," says Lutz. The fees are three to five times as high as in the USA. Battistelli, he says, is successfully tackling these issues.

This view is clearly shared by the other delegates on the Administrative Council, the only body that ranks above Battistelli: in the summer, the representatives of the member states re-elected him by 36 out of 38 votes - a year ahead of schedule and in spite of all the protests. He is to remain at the helm until 2018. "Like other countries, Germany has also supported Battistelli's reform programme", says Lutz. However, the protest against Battistelli has been gathering momentum for more than a fortnight and the issue at stake is how the rules on internal investigation are to be understood in practice - and whether they are adhered to by Battistelli.

At the start of December, employees say, the Security department marched into the office of a patent judge who is a member of a Board of Appeal, seized a computer and led him away. Apparently, he

has been banned from entering the premises on suspicion of serious misconduct - and has not been allowed to work since. There may not have been any legal basis for this course of action. The President of the Patent Office does not have the authority to remove a member of the Board of Appeal from office; this is the preserve of the Administrative Council, which ranks above Battistelli. The Council only retroactively approved the decision: "The Administrative Council has explicitly found that the measures ordered by the President were "necessary, justified and in the interests of the European Patent Organisation", states Battistelli.

The dismissal of the patent judge unleashed a storm of discontent within and outside the Patent Office. Battistelli, argue the judges and patent attorneys, violated the autonomy of the justice system. In a letter to the Administrative Council, 35 members of the Office's most senior committee, the Enlarged Board of Appeal, wrote that the Patent Office boss is guilty of a "clear challenge to the judicial independence of the Boards of Appeal". "We condemn this action without hesitation", write English Lord Justice Christopher Floyd and the Advocate-General at the Dutch Supreme Court, Robert van Peursem. Both are external members of the Board. The European Convention on Human Rights forbids executives from interfering in the work of judges and courts, they say. High-ranking judges from Sweden, Finland, Denmark, Romania, Cyprus and Switzerland concurred with this view.

Two large law firms also wrote letters to the German representative on the Administrative Council,, Christoph Ernst of the Federal Ministry of Justice. One of these letters states: "The exercising of disciplinary authority by the "Executive" over the "Judicial" powers at the Office violates the separation of powers and presents a huge threat to the judicial nature of the Boards of Appeal."

The strength of feeling displayed by judges and patent attorneys is partly a reflection of the special role fulfilled by the Boards of Appeal within the European patent system. Their members, among them the judge who was escorted off the premises, decide on contentious patent cases.

For the companies involved, property rights to inventions are at stake, which are often worth millions or even billions of euros. The Patent Office Boards of Appeal have the authority to make a final decision on these disputes and those decisions are not eligible for subsequent review.

The patent judges are responsible for deciding on disputes surrounding rights to protection: whether the Office rightly or wrongly granted, restricted or refused a patent. In this role, the judges deal with lawyers and examiners. They become party to matters that do not concern their employer's administrative department - and that are entrusted to judges because they are ostensibly independent.

But are they really? Or is Battistelli seeking to exert influence over the decisions of the Boards of Appeal? The debate was already raging before the patent judge was suspended, but it has now gained even more momentum.

In an expert opinion, former constitutional judge Siegfried Broß criticises the lack of genuine autonomy of the Boards of Appeal. "It is clear that the President is able to discipline the judges. He merely has to point out to them that, because of their decisions, they are no longer eligible for a promotion," argues Broß.

Battistelli sees it differently - and dismisses out of hand the reproaches concerning the handling of the patent judge, who, for the time being, is not allowed to fulfil that role: "There is absolutely no basis for the accusations that I am violating the separation of power," says the Patent Office boss. He argues that the authors of the remonstrative letters are not aware of the facts: "In this case, it is quite clearly not about the autonomy of the Boards of Appeal. The only issue at stake is the suspected serious misconduct of an individual person who could damage the reputation and integrity of the Boards of Appeal and of the Office."

There is no mention of the detailed accusations made against the judge by the Office. However, Battistelli has written in his blog that it involves "disseminating defamatory and injurious documents". On the day that the accused was banned from the premises, Battistelli also wrote in an internal circular that there was another issue involving a smear campaign that had been ongoing against one of his Vice Presidents for many months: the Croat Željko Topić. That's why the house ban was imposed.

The Munich Public Prosecution Office confirms that it has received a complaint about the alleged defamation “of a member of the EPO’s management”, in which an employee of the office is incriminated. Accusations against Topić have been circulating for months, spreading at the office and also being sent anonymously to journalists. The rumours surrounding Topić centre on alleged corruption during his time as head of the Croatian patent office; Croatian newspapers wrote about vanishing funds and official vehicles. Topić himself has repeatedly denied the accusations. Furthermore, Battistelli has issued a formal statement supporting him. But now that the complaint about defamation has been made, the Public Prosecution Office must investigate the reasons behind the rumours.

Meanwhile, as well as the courts, Berlin’s political circles have got involved in the debate about goings-on at the Office. SPD politician Christian Flisek, who has a seat on the Legal Affairs Committee of Germany’s parliament, says: “As the parliament of the country in which the office is based, the issues concern us, even though German law does not apply at the European Patent Office.” In other member states, such as the UK, there are petitions that the competent ministers must deal with. Outwardly, Battistelli still appears relaxed. But the political pressure is mounting.

Strikes have been going on for several weeks at the world’s most expensive patent office

The Security department turned up at the office of a patent judge and escorted him off the premises

BENOÎT BATTISTELLI

“There is absolutely no basis for the accusations that I am violating the separation of powers.”

The European Patent Office is in turmoil: for three days in a row, more than a thousand patent examiners took to the streets in the demonstrations organised by trade union Suepo, which is roughly a quarter of the staff in Munich.

Un état dans l'état

Le Président de l'Office européen des Brevets veut supprimer de nombreux privilèges aux employés. Ceux-ci se défendent avec véhémence. Il ne s'agit pas d'argent ni de statut, disent-ils, mais de leurs droits fondamentaux.

Par Katja Riedel et Christopher Schrader

Munich – Dans son bureau, Benoît Battistelli domine Munich. La rivière Isar coule en contrebas, on voit le Deutsches Museum situé sur ses rives et, par temps clair, on aperçoit les Alpes. Lorsque la nuit tombe, Benoît Battistelli peut voir briller les lumières des marchés de Noël de Munich. Mais, ces jours-ci, il n'a guère dû avoir envie de contemplation.

Car dans le hall et devant la porte de l'Office européen des brevets, l'ambiance est loin d'être paisible, c'est une atmosphère hostile, de révolte et de colère qui règne. Et cette hostilité est dirigée avant tout contre lui, le président, son pouvoir, contre les réformes qui bouleversent le travail à l'Office, et suppriment de nombreux privilèges. Elle vise aussi de plus en plus le style dont il fait preuve qui ne convient pas à de nombreux employés. Beaucoup le surnomment le « Roi soleil ».

Et ainsi, on fait grève maintenant à l'Office européen des Brevets, dans cet office qui offre des conditions de travail somptueuses, avec des salaires mensuels moyens de 7600 euros, exonérés d'impôts, des longues vacances et des prestations sociales fastueuses. Avec des hauts revenus et des avantages annexes, l'organisme européen des brevets essaie depuis 40 ans d'attirer des scientifiques très qualifiés, qui sont à même de comprendre et évaluer des documents techniques en plusieurs langues.

La grève des biologistes, des chimistes, des pharmacologues et des ingénieurs traîne déjà depuis 15 jours. Dans les manifestations organisées par l'USOEB, le syndicat de l'Office des brevets, pendant trois jours, à chaque fois, plus de mille examinateurs de brevet sont descendus dans la rue, c'est-à-dire environ un quart du personnel à Munich, et il y a eu aussi des manifestations dans les autres sites à La Haye, Vienne et Berlin. Les examinateurs de brevet sont originaires d'Allemagne, mais un certain nombre viennent aussi d'Espagne ou d'Italie, de Suisse ou de Suède, et des 38 états membres et sont venus s'installer à Munich. La plupart du temps avec leur famille et des enfants qui – aux frais de l'Office – fréquentent souvent l'école internationale ou les écoles maternelles. Ils portent des pancartes sur lesquelles on peut lire : « Oui aux réformes. Mais pas avec ce président ».

Le conflit traîne depuis plusieurs mois, et il dégénère de plus en plus. Et pour la première fois, après que Battistelli a destitué de ses fonctions un juge des brevets de l'Office et lui a notifié une interdiction d'entrée, même des avocats-conseils des cabinets de propriété industrielle ont soutenu les employés. A Munich, tout autour de l'Office européen des brevets et l'Office allemand des brevets, il y a un certain nombre de ces cabinets, dont l'activité est basée sur la protection des brevets pour des entreprises – en les faisant éventuellement triompher devant un tribunal. Il règne, écrit par exemple Tilman Müller-Stoy du cabinet Bardehle-Padenberg dans une lettre ouverte au Ministère Allemand de la Justice, un « Climat de peur et de terreur » au sein du personnel de l'Office européen des brevets.

Battistelli rejette cela : il reproche aux avocats « des appréciations irréfléchies sans une connaissance de la situation réelle ». Les employés qui sont dans la rue seraient une minorité, et quant au syndicat USOEB, il s'agit avant tout pour eux de protéger leurs propres avantages financiers.

Les conflits entre les employés et la direction font partie de l'histoire de l'Office européen des brevets, disent certains qui sont là depuis le début. Ils disent aussi qu'un certain prédécesseur de Battistelli a rajouté encore des avantages à ceux existants, pour pacifier le conflit et satisfaire les employés.

Mais la grève actuelle a une toute autre nature : deux parties inconciliables se font face, leurs arguments sont totalement opposés, et un monde entier les sépare – ils reprochent des choses à

l'autre partie– que celle-ci conteste à chaque fois catégoriquement. Battistelli a l'ambition de rendre le travail de l'Office plus efficace et de supprimer de nombreux privilèges. Au contraire, l'USOEB et les employés qui font grève estiment qu'il ne s'agit en aucun cas d'argent, ni de statut, mais des droits fondamentaux. Par exemple du droit de s'organiser en syndicat, de faire grève et en cas de reproches d'obtenir une aide juridique.

Le problème dans tout cela : l'Organisme européen des Brevets (OEB), supporté par ses 38 états membres, est une organisation internationale, qui se donne ses propres règles et n'est pas soumise à la législation des états dans lesquels elle siège – c'est un État dans l'état. Les 7000 employés travaillent dans quatre sites. Et leur importance augmente : l'Office a accordé presque 67.000 brevets en 2013, il y en avait bien 15.000 en moins en 2009.

Depuis 2010, Battistelli en est à la tête. Il dirige cette maison, comme le décrivent ses critiques, à la manière d'un dictateur ou, selon ses sympathisants, de manière ferme.

Battistelli a précisément chamboulé le système de promotion, maintenant, celui-ci n'est plus lié aux années de service, mais à une évaluation des performances. Il a introduit de nouvelles directives pour l'examen des brevets, auxquelles les employés en grève s'opposent, car celles-ci seraient trop superficielles et on détecte de plus en plus rarement des erreurs. De nombreux conseils en brevets le craignent également.

Ce qui est particulièrement controversé aussi, c'est la procédure d'enquête interne, que Battistelli a instauré pour pouvoir examiner en interne si un employé a éventuellement enfreint des directives, que ce soit formellement ou par faute grave, par exemple la corruptibilité, le harcèlement ou la diffamation. Florian Andres, un sympathique monsieur barbu originaire de Suisse, a élaboré les « Investigation Guidelines » (directives pour une enquête). A la fin de l'année, il partira en retraite. Au mur de son bureau, sont accrochés des photos du petit-fils, et de la chaîne de montagnes Eiger, Mönch et Jungfrau. Jusqu'à il y a trois ans, dit Andres, il n'y avait pas de procédure formelle lorsqu'on soupçonnait qu'un employé enfreignait les règles internes.

Pour démarrer une enquête, il doit y avoir un soupçon et on doit disposer d'au moins une preuve. Dans ce cas, on protège les éléments de preuve et on saisit aussi les ordinateurs de l'employé accusé. Ce n'est que dans une deuxième étape qu'on regarde les données. L'employé accusé doit être présent. Cependant : il n'est pas autorisé à s'accompagner d'un avocat et est lié par un devoir de réserve au sujet du litige.

Et cela même s'il s'accusait lui-même. « C'est une différence avec le service public allemand », admet Andres. Cependant, il convient de noter que, sur ce point, il n'y a pas de différence avec d'autres services publics dans de nombreux états membres. Pour Battistelli, cela n'est pas un problème fondamental. « Nous ne sommes pas une administration allemande. Nous sommes dans une organisation internationale, qui possède ses propres règles qui ont été fixées par les États membres dans la Convention sur le brevet européen », dit le Président.

Le vice-président allemand Raimund Lutz est d'accord. Le juriste a exercé des responsabilités longtemps au Ministère allemand de la Justice entre autres dans le domaine de la propriété intellectuelle. Battistelli dirige l'Office de « façon parfaite », dit Lutz. Battistelli met enfin en œuvre des réformes que le Conseil d'administration avait déjà demandé depuis longtemps, du temps de ses prédécesseurs. Dans le Conseil d'administration, les 38 états membres de l'Organisation européenne des brevets sont représentés.

Les grèves et les manifestations syndicales appartiennent de façon indissociable à l'histoire de l'OEB, dit Lutz, « mais l'agressivité du groupe syndical s'est accrue ». Le fait que Battistelli reste ferme, n'accorde aucun crédit aux critiques, et refuse tout médiateur externe, il ne le considère pas comme un manque de gestion du conflit, il trouve au contraire qu'il a un grand mérite. « L'industrie nous critique, car nous sommes l'Office de brevets le plus cher au monde », dit Lutz. Les honoraires seraient trois à cinq fois plus élevés qu'aux Etats-Unis. Battistelli s'attaque à tout cela avec succès.

Ce constat est manifestement partagé par les autres délégués dans le Conseil d'administration, l'unique instance hiérarchiquement supérieure à Battistelli : l'été dernier, les délégués des états membres l'ont réélu, avec 36 voix sur 38, un an plus tôt que nécessaire, malgré les protestations. Il doit continuer à le diriger jusqu'en 2018. « Comme d'autres états, l'Allemagne a soutenu le processus de réforme de Battistelli », dit Lutz. Cependant, depuis bientôt deux semaines, la protestation contre Battistelli s'est intensifiée, et il s'agit de savoir comment les règles d'enquête interne doivent être considérées en pratique - et si elles seront respectées par Battistelli.

Car début décembre, disent les employés, le service de sécurité s'est introduit dans le bureau d'un juge de brevet, qui fait partie d'une chambre de recours, ils ont saisi son ordinateur et l'ont conduit à l'extérieur. En raison d'un soupçon de faute grave, une interdiction d'accès a été prononcée contre lui.

Depuis lors, il lui est interdit de se rendre au travail. Mais, il est possible que cela se soit produit sans aucun fondement juridique. Car le président de l'Office des brevets n'a pas le droit de destituer de ses fonctions un membre de la chambre de recours. Seul le Conseil d'administration, organe supérieur à Battistelli, le peut. L'organe a approuvé la décision seulement après coup : « le Conseil d'administration a explicitement indiqué que les mesures décrétées par le président étaient 'nécessaires, fondées et dans l'intérêt de l'Organisation européenne des brevets' », déclare Battistelli.

La révocation du juge de brevet a déclenché une vague d'indignation à l'intérieur et à l'extérieur de l'Office des brevets. Battistelli a usurpé l'indépendance de la justice, protestent les juges de brevet et les avocats-conseils en matière de brevets. Le directeur de l'Office des brevets devra répondre d'une « attaque claire contre l'indépendance juridique de la chambre de recours », ont écrit 35 membres de la Chambre de recours suprême de l'Office, la plus haute chambre de recours, au Conseil d'administration. « Nous condamnons cette action sans hésitation », écrivent le juge anglais de la Haute Cour Christopher Floyd et l'avocat général à l'instance supérieure néerlandaise, représentée par Robert van Peursem. Les deux sont des membres externes de la Grande chambre. La Convention européenne des droits de l'homme interdit à un organe exécutif de s'ingérer dans le travail des juges et des tribunaux. Des juges de rang élevé de Suède, de Finlande, du Danemark, de Roumanie, de Chypre et de Suisse se sont joints à cela.

Deux grands cabinets d'avocats ont également adressé des lettres au représentant allemand du Conseil d'administration, Christoph Ernst, du Ministère allemand de la Justice. Dans une des lettres, il est écrit ce qui suit : « l'exercice du pouvoir disciplinaire par « un organe exécutif » se plaçant au-dessus d'un « organe judiciaire » de l'Office supprime la séparation des pouvoirs et porte atteinte gravement au caractère juridictionnel des chambres de recours ».

Les juges et les avocats-conseils en brevets y sont très sensibles également parce que les chambres de recours ont un rôle particulièrement important à l'intérieur du système de brevet européen. Leurs membres, parmi lesquels figure le juge flanqué dehors, prennent des décisions sur des cas de brevet litigieux.

Pour les entreprises concernées, il s'agit de droits de propriété intellectuelle sur des inventions, qui représentent souvent une valeur de plusieurs millions, voire même de milliards d'euros. Les chambres de recours peuvent prendre une décision définitive sur ces sujets – une révision n'est plus possible ensuite. Les juges de brevet sont compétents pour décider des questions litigieuses sur des revendications de protection : si l'Office a octroyé, restreint ou refusé à tort ou à raison un brevet. Les juges ont à faire avec les avocats et les examinateurs, ils apprennent des choses, qui ne regardent pas le service d'administration de leur employeur – et qu'on confie aux juges – car ils sont prétendument indépendants.

Mais, le sont-ils réellement ? Ou Battistelli ne tente-t-il pas d'exercer de l'influence sur les décisions des chambres. Le débat avait déjà lieu, avant que le juge de brevet ne soit suspendu de ses fonctions, mais il a maintenant pris une ampleur considérable.

L'ancien juge constitutionnel Siegfried Bross estime ainsi dans une mise en garde que les chambres de recours ne sont pas vraiment indépendantes. « Il est manifeste que le président peut sanctionner les juges. Il suffit déjà de leur signaler qu'il ne sera plus question de leur avancement du fait de leurs décisions », argumente Bross.

Battistelli considère les choses autrement – et il ne souhaite pas du tout se laisser opposer des reproches dans le cas du juge de brevet qui n'est plus autorisé maintenant à travailler comme tel : « tous les reproches indiquant que je porterais atteinte à la séparation des pouvoirs sont dénués de tout fondement » dit le directeur de l'Office des brevets. Les auteurs des lettres de protestation ne connaîtraient pas les faits : « dans ce cas, il ne s'agit évidemment pas de l'indépendance des chambres de recours. Il s'agit uniquement d'un comportement fautif présumé grave d'un individu, qui pourrait nuire à la réputation et à l'intégrité des chambres de recours et de l'Office ».

Ce que l'Office reproche précisément au juge, il ne le dit pas. Mais, Battistelli a écrit sur son blog qu'il s'agissait de « diffusion de documents diffamatoires et malveillants ». Le jour où on a notifié à la personne incriminée une interdiction d'entrée, Battistelli avait écrit en outre dans une circulaire interne qu'il y avait un autre cas dans une campagne de diffamation qui dure depuis plusieurs mois contre l'un de ses vice-présidents : le croate Željko Topić. C'est pour cette raison qu'il lui a notifié une interdiction d'entrée. Le Ministère Public à Munich a confirmé l'existence d'une demande de sanction qui lui a été adressée, en raison d'une prétendue calomnie « d'un membre de la haute direction de l'OEB », en incriminant un employé de l'Office. Depuis des mois, des rumeurs sur des reproches circulent au sujet de Topić, elles se propagent dans l'Office et certaines sont envoyées à titre anonyme à des journalistes. Les rumeurs sur Topić concernent une prétendue corruption du temps où il était dirigeant de l'Office croate de la propriété intellectuelle. Les journaux croates ont rendu compte d'argent volatilisé et de voitures de service. Lui-même a démenti à de multiples reprises ces reproches. En outre, Battistelli a remis une déclaration de moralité à son sujet. Mais maintenant, étant donné qu'il y a une plainte pour calomnie, le Ministère Public doit vérifier ce qui se cache derrière ces rumeurs.

Entre-temps, ces événements ont atteint non seulement la sphère de la justice, mais se sont ébruités aussi dans les milieux politiques de Berlin. L'homme politique du SPD Christian Flisek, qui siège à la Commission juridique du Bundestag (Parlement fédéral allemand), déclare : « nous sommes attentifs à cela, en tant que Parlement de l'état de résidence, même si le droit allemand ne s'applique pas à l'Office européen des brevets ». Dans d'autres états membres, par exemple en Grande-Bretagne, certaines requêtes similaires ont lieu d'être traitées par les ministres compétents. Extérieurement, Battistelli se veut toujours rassurant. Mais, la pression politique augmente.

On fait grève dans l'Office des brevets le plus cher du monde – déjà depuis plusieurs semaines

Le service de sécurité s'est présenté dans le bureau d'un juge de brevet et l'a emmené à l'extérieur

BENOÎT BATTISTELLI

« Tous les reproches me concernant au sujet d'une prétendue atteinte à la séparation des pouvoirs sont dénués de tout fondement »

L'Office européen des brevets est en effervescence : lors des manifestations organisées par le syndicat USOEB, plus de mille examinateurs de brevet sont descendus dans la rue chaque jour pendant trois jours, environ un quart du personnel de l'Office à Munich.